Juristische und gesellschaftliche Begründung für ein mögliches AfD-Verbot

Einleitung

Die Frage, ob die Partei Alternative für Deutschland (AfD) verboten werden sollte, berührt die Grundprinzipien der deutschen Verfassung. Das Grundgesetz erlaubt nach Art. 21 Abs. 2 den Ausschluss von Parteien, wenn sie "nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen". Ein Verbot ist jedoch das schärfste Mittel der "wehrhaften Demokratie" und wird nur nach strenger Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) ausgesprochen beb.de. Die folgende Darstellung fasst juristische Kriterien und wesentliche Argumente zusammen, die Befürworter eines Verbots vorbringen. Sie stützt sich ausschließlich auf externe Berichte, amtliche Dokumente und seriöse Medien – das besagte GitHub-Repository dient lediglich als Strukturvorlage.

Rechtlicher Rahmen

Dreistufiger Prüfmaßstab

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Rechtsprechung (u.a. im **NPD-II-Urteil** von 2017) einen dreistufigen Prüfmaßstab entwickelt bundesverfassungsgericht.de :

- 1. **Zielrichtung** Verfolgt die Partei eine planvoll-zielgerichtete Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung?
- 2. **Potenzial** Verfügt sie über ausreichend Durchsetzungsfähigkeit, um ihre Ziele tatsächlich umzusetzen?
- 3. **Aktuelle Gefahr** Geht von ihr eine konkrete Bedrohung für Demokratie und Menschenrechte aus?

Im Fall der NPD erkannte das BVerfG zwar eine verfassungsfeindliche Zielsetzung, lehnte ein Verbot jedoch ab, weil der Partei das notwendige Potenzial zur Umsetzung fehlte bundesverfassungsgericht.de . Diese Kriterien bilden den Ausgangspunkt für die Bewertung der AfD.

Einstufung durch Behörden

Seit 2021 beobachten die Landesämter und das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall. Am 2. Mai 2025 stufte das BfV den Bundesverband erstmalig als "gesichert rechtsextremistische Bestrebung" ein. In einem 1 100-seitigen Gutachten charakterisiert der Inlandsnachrichtendienst die AfD als rassistische und anti-muslimische Organisation mit einem ethnisch definierten Volksverständnis raw.githubusercontent.com . Dieses Verständnis deklariert deutsche Staatsbürger:innen mit Migrationsgeschichte als Bürger zweiter Klasse deutschlandfunk.de . Die vorläufige Aussetzung des Labels aufgrund eines Eilantrags ändert nichts daran, dass das Bundesverwaltungsgericht am 20. Mai 2025 die Beobachtung der AfD, ihrer Jugendorganisation Junge Alternative und des "Flügels" endgültig für rechtmäßig erklärte

raw.githubusercontent.com .

Verfassungsfeindliche Zielsetzung

Ethnonationalistische Ideologie

Das BfV betont, dass das vorherrschende Volksverständnis in der AfD ethnisch und abstammungsbezogen ist, also unvereinbar mit der pluralistischen Demokratie deutschlandfunkde. Führende Funktionäre sprechen von einer "Volksgemeinschaft", die von "kulturfremden Völkern" bedroht sei. So forderte Björn Höcke 2017 eine "180-Grad-Wende" in der Erinnerungskultur und nannte das Holocaust-Mahnmal ein "Denkmal der Schande" raw.githubusercontent.com . Parteichef Alexander Gauland relativierte die NS-Herrschaft als "nur ein Vogelschiss in über 1000 Jahren deutscher Geschichte" dw.com . Diese Rhetorik stellt die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Frage und fördert ein revisionistisches Geschichtsbild.

Rassismus und Menschenfeindlichkeit

Die Partei bedient sich offen rassistischer Sprache. Der bayerische Landtagsabgeordnete Andreas Winhart bezeichnete 2018 Geflüchtete als "Neger" und warnte, Albaner und Kosovaren würden Senior:innen "die Bude ausräumen" sueddeutsche.de . André Poggenburg beschimpfte Deutsche türkischer Herkunft als "Kameltreiber" und "Kümmelhändler" dw.com . Solche entmenschlichenden Begriffe verstoßen gegen die Würdegarantie und stehen im Widerspruch zu Art. 1 GG.

Antisemitismus und Verschwörungsmythen

AfD-Politiker wie Wolfgang Gedeon behaupten, "Zionisten" würden den Islamismus als "Massenwaffe" gegen das Christentum einsetzen raw.githubusercontent.com. Andere Funktionäre benutzen Codes wie "Globalisten" oder "Weltfinanzkapital", die laut Experten antisemitische Verschwörungserzählungen bedienen raw.githubusercontent.com. Solche Narrative verschmelzen Judenfeindschaft mit Islamfeindlichkeit und sind mit der freiheitlichen Ordnung unvereinbar.

Potenzial und politische Relevanz

Mitglieds- und Wahlerfolge

Die AfD hat ihre Mitgliederzahl in kurzer Zeit massiv erhöht. Reuters berichtete im Mai 2025 von einer Steigerung um 60 % seit 2023 auf rund 46 881 Mitglieder reuters.com; Parteifunktionäre rechneten mit über 50 000 Mitgliedern bis Ende 2024. Bei der Europawahl 2024 erzielte die AfD 15,9 % der Stimmen (plus 4,9 % gegenüber 2019) bundeswahlleiterin.de . In der Bundestagswahl 2025 erhielt sie 20,8 % der Zweitstimmen und 152 Sitze, womit sie zur zweitstärksten Kraft aufstieg bundeswahlleiterin.de . Diese Zahlen belegen ein erhebliches politisches Potenzial – ein entscheidender Unterschied zum gescheiterten NPD-Verbotsverfahren bundesverfassungsgericht.de .

Vernetzung und Mobilisierung

Trotz der formellen Auflösung des "Flügels" bleibt er laut BfV ein Netzwerk "hochradikaler Mitglieder" raw.githubusercontent.com . Die **Junge Alternative** wurde in mehreren Bundesländern als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Recherchen zeigen enge Beziehungen zwischen

AfD-Funktionären und der **Identitären Bewegung**; etwa in Mecklenburg-Vorpommern demonstrierten Mitglieder beider Gruppen gemeinsam raw.githubusercontent.com . Die Jugendorganisation nimmt an rechtsextremen Gedenkmärschen wie dem "Tag der Ehre" in Budapest teil und übt dort Kampfsport mit paramilitärischen Gruppen raw.githubusercontent.com . Solche Strukturen verdeutlichen, dass die Partei über Netzwerke verfügt, die eine physische Mobilisierung ermöglichen – ein Aspekt, der bei früheren Parteiverboten (z. B. *Golden Dawn* in Griechenland) ausschlaggebend war verfassungsblog.de

Aktuelle Gefahrenlage

Hetze und Delegitimierung des Staates

AfD-Funktionäre diffamieren immer wieder staatliche Institutionen. Sie bezeichnen Gerichte als "politische" und die Bundesregierung als "Deutschlandzerstörer" raw.githubusercontent.com . Das BfV hebt hervor, dass die Partei mit Begriffen wie "Messermigranten" die Menschenwürde verletzt und irrationale Ängste schürt raw.githubusercontent.com . Diese Rhetorik kann Radikalisierung und Gewalt begünstigen.

Paramilitärische Strukturen und Gewaltbereitschaft

Analysen belegen, dass Teile der AfD-Jugend in **Active-Club-Netzwerken** involviert sind, die Kampfsport und Schießübungen organisieren (CeMAS-Studien). In Mecklenburg-Vorpommern pflegte der AfD-Kreisrat Alexander Töpfer Kontakte zu "Knockout 51", einer rechtsterroristischen Gruppierung; Ermittlungen fanden Nazi-Propaganda und Waffen rawgithubusercontent.com. Der Spiegel berichtete zudem, dass der AfD-Bundestagsabgeordnete Petr Bystron an paramilitärischen Schießtrainings der südafrikanischen weißen Miliz "Suidlanders" teilnahm spiegel.de. Solche Verbindungen deuten auf eine Gewaltbereitschaft hin, die über bloße Rhetorik hinausgeht.

Massenhafte Deportationspläne

Im November 2023 deckte eine Recherche von **Correctiv** ein geheimes Treffen in Potsdam auf, bei dem AfD-Funktionäre und der identitäre Aktivist Martin Sellner einen "Remigration"-Plan diskutierten. Ziel war die Deportation von Millionen Menschen, darunter auch eingebürgerte deutsche Staatsbürgerinnen. Sellner selbst plädierte später öffentlich dafür, auch "eingebürgerte Fremde" zu deportieren dwww. Dass führende AfD-Vertreterinnen an solchen Gesprächen teilnahmen, legt eine autoritäre Agenda nahe.

Desinformation und ausländische Einflussnahme

Das Internet-Projekt "Doppelgänger" verbreitet prorussische Propaganda und unterstützt die AfD in sozialen Netzwerken. CeMAS identifizierte hunderte Posts, die auf ein orchestriertes Vorgehen hindeuten und die Partei in einem positiven Licht darstellen reuters.com . Solche Kampagnen können die öffentliche Meinung manipulieren und demokratische Prozesse beeinträchtigen.

Internationale Vergleichsfälle

In Europa gab es mehrere Parteiverbote: *Batasuna* (Spanien) wurde 2003 verboten, weil sie als politischer Arm der Terrororganisation ETA galt; *Refah Partisi* (Türkei) wurde vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) bestätigt, weil sie eine scharia-basierte Ordnung etablieren wollte; *Golden Dawn* (Griechenland) wurde 2020 als kriminelle Vereinigung verurteilt, da sie Gewaltakte und paramilitärische Strukturen organisierte verfassungsblog.de . Diese Beispiele zeigen, dass für ein Verbot konkrete Gewalt- oder Umsturzpläne nachweisbar sein müssen. Für die AfD müsste daher die Verbindung zu paramilitärischen Gruppen und die Förderung von Gewalt noch stärker belegt werden, um dem internationalen Standard zu entsprechen.

Normalisierung und politische Verantwortung

Die Hausarbeit über die **Normalisierung der AfD** warnt vor einer Erosion der Brandmauer durch konservative Parteien. CSU-Politiker Alexander Dobrindt forderte 2018 eine "konservative Revolution der Bürger" raw.githubusercontent.com – ein Begriff, der laut Belltower.News aus der Weimarer Zwischenkriegszeit stammt und auf eine autoritäre Volksgemeinschaft abzielt raw.githubusercontent.com . Studien des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung zeigen, dass in rund 19 % der kommunalen Sitzungen Vertreter anderer Parteien mit der AfD stimmten; CDU-Mandatsträger waren in über 38 % dieser Fälle beteiligt raw.githubusercontent.com . Beobachtungen wie diese verstärken die Sorge, dass eine Normalisierung rechtsextremer Positionen demokratische Institutionen aushöhlt.

Zusammenfassung

Zielrichtung: Die AfD propagiert eine ethnisch homogene Volksgemeinschaft, relativiert die NS-Vergangenheit, verbreitet rassistische und antisemitische Verschwörungsnarrative und delegitimiert demokratische Institutionen dw.com raw.githubusercontent.com . Diese Programmatik ist mit den Grundwerten der Verfassung unvereinbar.

Potenzial: Im Gegensatz zur NPD verfügt die AfD über eine rasch wachsende Mitgliederbasis, erzielt zweistellige Wahlergebnisse und ist in allen Parlamenten vertreten bundeswahlleiterin.de . Sie besitzt damit die Durchsetzungsfähigkeit, ihre Ziele zu verfolgen.

Aktuelle Gefahr: Die Partei ist eng mit rechtsextremen Netzwerken und paramilitärischen Gruppen verknüpft raw.githubusercontent.com . Ihr Führungspersonal beteiligt sich an geheimen Planungen für Massendeportationen dw.com . Zudem verbreitet sie Menschenverachtung und fördert Delegitimierung des Staates raw.githubusercontent.com . Desinformationskampagnen aus dem Ausland verstärken diese Bedrohung reuters.com .

Diese extern belegten Fakten bilden die Basis für die juristische und gesellschaftliche Debatte über ein mögliches Parteiverbot. Ob ein Verbot gerechtfertigt ist, entscheidet letztlich das Bundesverfassungsgericht. Die vorliegenden Argumente zeigen jedoch, dass die AfD die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht nur rhetorisch ablehnt, sondern über das Potenzial verfügt, sie zu beschädigen. Eine offene demokratische Gesellschaft muss diese Gefahr ernst nehmen, die Rechtsprechung des BVerfG beachten und geeignete Mittel wählen, um Demokratie und Menschenwürde zu schützen.